

Tätigkeitsbericht | Oktober 2012 bis Oktober 2013 | Thomas Birk, MdA

| Sprecher für Verwaltungsmodernisierung | Sprecher für Queerpolitik |

Mitglied in den Ausschüssen | Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit | Inneres, Sicherheit und Ordnung | Kulturelle Angelegenheiten | Bildung, Jugend und Familie | Mitglied im Musikschulbeirat |

Abgeordneter von Schöneberg Nord

A) Verwaltungsmodernisierung/E-Government/Transparenz und Open Data/Netzpolitik

IT-Recycling

Als einen Schwerpunkt habe ich dieses Jahr das Thema Nachnutzung und Recycling von Informationstechnik gesetzt. In kleinen Anfragen habe ich versucht herauszukriegen, wie die einzelnen Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden damit umgehen. Da die Fragen ergaben, dass es dazu keine entwickelten Standards gibt, haben wir einen Antrag vorgelegt, wie wir uns eine soziale und ökologische Nachnutzung und Recycling von IT vorstellen. Der Antrag ist eingebracht, aber noch nicht im Ausschuss beraten.

Kleine Anfrage vom 28.12.12

Wie sieht das IT-Recycling-Konzept der Berliner Verwaltung aus? (Drs. 17/11283)

Infolge der unbefriedigenden Antwort habe ich ähnliche Anfragen an alle Senatsverwaltungen und die Senatskanzlei gesondert gestellt.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11283it_recycling_konzept.pdf

Kleine Anfragen vom 01.02.2013

Wie sieht das IT-Recycling-Konzept der Senatskanzlei (17/11 511), der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (17/11 512), der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (17/11 513), der Senatsverwaltung für Finanzen (17/11 514), der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (17/11 515), der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (17/11 516), der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (17/11 517), der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (17/11 518) und der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung (17/11 519) aus?

Die gebündelte Antwort auf die kleinen Anfragen macht deutlich, wie unterschiedlich die Verwaltungen mit Recycling im IT-Bereich umgehen und wie wenig sie sich über die Folgen bewusst sind.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11511_11519.pdf

Kleine Anfrage vom 23.05.2013

Wie sieht das IT-Recycling-Konzept der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft aus (II)? (Drs. 17/12121)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_12121.pdf

Kleine Anfrage vom 23.05.2013

Wie sieht das IT-Recycling-Konzept der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz aus (II)? (Drs. 17/12122)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_12122.pdf

Antrag vom 27.02.13

Ein gemeinsames IT-Nachnutzungs- und IT-Recyclingkonzept für das Land Berlin (Drs. 17/0852)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0852it_recycling.pdf

Open Source

Ich habe einen neuen Versuch unternommen, den Senat dazu zu bringen, eine Open-Source-Strategie für die Berliner Verwaltung zu entwickeln und umzusetzen. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir einen ähnlichen Antrag gestellt. Dieses Mal war die Ausgangsbedingung besser, da die SPD inzwischen einen Landesparteitagsbeschluss mit der gleichen Zielrichtung beschlossen hat und der CDU-Staatssekretär Statskowsky in der Opposition früher auch dafür war. Dennoch wurde der Antrag ersatzlos abgelehnt. Wir werden jedoch nicht locker lassen und bei jeder passenden Gelegenheit die strategischen, finanziellen und sicherheitstechnischen Vorteile von Open Source Software herausstellen.

Antrag vom 27.02.13

Offene, freie und zukunftsorientierte IT-Strategie mit Open-Source-Software (OSS) für das Land Berlin (Drs. 17/0853)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0853opensource.pdf

IT Sicherheit

Nicht erst seit dem NSA-Skandal beschäftigt uns das Thema IT-Sicherheit. Nach alarmierenden Berichten des Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Berlin und dem Landesrechnungshof haben wir in mehreren Ausschussberatungen genauer nachgefragt, warum es immer noch Verwaltungen gibt, die kein mit der Behördenleitung abgestimmtes IT-Sicherheitskonzept haben. Aus der Debatte ging hervor, dass es dem Senat nicht einmal klar ist, über wieviele Behörden das Land Berlin überhaupt verfügt. Entsprechend schwierig gestaltet sich ein Controlling zur IT-Sicherheit.

Kleine Anfrage vom 21.06.2013

Wie viele Behörden hat das Land Berlin und was bedeutet das für die IT-Sicherheit?

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_12306behoerden.pdf

Ansprechpartner für Bürger_innen und Wirtschaft

Die Berliner Verwaltung hat sich seit einigen Jahren zum Ziel gesetzt, zentrale Anlaufstellen zu schaffen, damit Bürger_innen und Wirtschaft sich schnell und einfach informieren können und ihr Anliegen von einer zentralen Stelle begleitet wird. Der Einheitliche Ansprechpartner für die Wirtschaft war eine Vorgabe der EU im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Er existiert seit 2010. Das Bürgertelefon Nummer 115 ist ein bundesweites Projekt, Berlin war von Anfang an als eine der Pilotbundesländer dabei.

Kleine Anfrage vom 06.01.2013

Wie wurde der Einheitliche Ansprechpartner (EA) in 2012 genutzt? (Drs. 17/11396)

Sicher auch Dank dieser jährlich von mir gestellten Anfrage wurden Maßnahmen ergriffen, um die Nutzer_innenzahlen gegenüber den Vorjahren erheblich gesteigert. Sie sind aber immer noch zu niedrig im Verhältnis zu den hohen Kosten.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11396eanutzung.pdf

Kleine Anfrage vom 17.04.2013

Der Ausbau des Bürgertelefons 115 im Land Berlin (Drs. 17/11923)

Die Fragen richten sich auf den Ausbau der sogenannten zweiten Ebene („second level“) des Ausbaus des Bürgertelefons in den jeweiligen Fachbehörden auf Landes- und Bezirksebene. Die Antwort ergibt, dass diese Anbindung erst in 2015 mit der gleichen Zuverlässigkeit wie das Callcenter des IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) auf der ersten Ebene arbeitsfähig sein wird.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11923_behoerdennummer_115.pdf

Sonstige Themen

Kleine Anfrage vom 12.12.12

Wer steuert im Land Berlin IT-Fachverfahren? (Drs. 17/11345)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11345steuerungitfachverfahrenpdf.pdf

Kleine Anfrage vom 01.02.2013

Ist die Beihilfestelle schon wieder überlastet? (Drs. 17/11523)

BeamtenInnen müssen weiterhin eine Praxisgebühr von 12 Euro bezahlen, weil der Senat seit Anfang des Jahres es nicht hinkriegt, die entsprechenden rechtlichen Regelungen zu ändern. Dies führt zu Unmut bei den betroffenen BeamtenInnen und zu Mehrarbeit bei der Beihilfestelle, weil alle Anträge nur vorläufig beschieden werden können.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11523.pdf

Kleine Anfrage vom 20.12.12 zusammen mit Andreas Otto

Wer ist für das Chaos bei der Hard- und Software bei der Brandschutztechnik des BER verantwortlich? (Drs. 17/11386)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11386brandschutzber.pdf

Kleine Anfrage vom 15.10.12 zusammen mit Anja Schillhaneck

Gibt es genug Fortbildungsangebote für die Verwaltung zum Thema Bürger_innenhaushalt? (Drs. 17711079)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11079.pdf

Kleine Anfrage vom 18.09.13 (Antwort ausstehend)

VISOCORE® Verify - AusweisinhaberInnen unter Generalverdacht?

B) Bildung und Kultur

Musikschulen/Volkshochschulen

Das Thema Musikschulen begleite ich intensiv, seit ich 2006 Mitglied im Musikschulbeirat wurde. Eng damit verbunden ist das Thema Volkshochschulen (VHS), weil hier die unbedefriedigende Situation von Honorarkräften ähnlich gelagert ist. Zu beiden Themenkomplexen liegt seit 2009 ein Kommissionsbericht vor, der vom Senat zwar in Auftrag gegeben, trotzdem weitestgehend ignoriert wird. Zudem hat die Prüfung der deutschen Rentenversicherung Anfang 2011 in der Musikschule Marzahn-Hellersdorf Anhaltspunkte von Scheinselbstständigkeit für ganz Berlin zu Tage gefördert, was eine Honorarregelung zur Folge hatte, was zusätzlich für Unmut an den Musikschulen gesorgt hat. Ich setze mich seit Jahren für eine bessere Personalstruktur an den

Musikschulen ein (mehr Festangestellte an Musikschulen und ein Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte an VHS und Musikschulen). Auf mehreren großen Kundgebungen von Ver.di durfte ich für meine Fraktion für das Thema sprechen.

Spontane Frage vom 12.09.2013

Ich hatte bei einer Akteneinsichtnahme zur Korrespondenz zwischen Bildungsverwaltung und Deutscher Rentenversicherung kurz nach den Sommerferien die interessante Erkenntnis, dass in den Anforderungen der Rentenversicherung zur Vermeidung von Scheinselbstständigkeit der Zwang zur Einzelabrechnung für die Honorarkräfte nicht enthalten war.

Die ganze Aktion mit der Einzelabrechnung diene wohl vielmehr der Bereinigung von Unterschieden bei der pauschalen Abrechnung zwischen den Bezirken. Die fatalen Folgen - vor allem für die Stimmung an den Musikschulen - hat die Senatsverwaltung für Bildung entweder unterschätzt oder bewusst in Kauf genommen. Da die Senatorin aber offensichtlich bereit ist, die neue Honorarordnung zu evaluieren und ggfs. anzupassen, muss nun der Druck aufrecht erhalten werden, zur alten Pauschalabrechnung zurückzukehren, zumal überhaupt nicht absehbar ist, wann die Abrechnungssoftware zur Verfügung steht und was sie tatsächlich leisten wird.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/spontane_frage_honoravertraege_musikschulen_einzelabrechnung.pdf

Mündliche Anfrage vom 29. August 2013

Wie soll es weitergehen mit den neuen Honorarverträgen für MusikschullehrerInnen, nachdem die Informationstechnik versagte und es Probleme beim Datenschutz gibt? (Drs. 17/03423)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/n17_03423.pdf

Kleine Anfrage vom 27.05.2013

Neue Verträge für freiberufliche LehrerInnen an den bezirklichen Musikschulen (Drs. 17/12137)

Die Antwort auf meine kleine Anfrage zu den neuen Verträgen für freiberufliche Lehrkräfte an den bezirklichen Musikschulen macht einmal mehr die mangelnde Bereitschaft des Senats deutlich, sich für die Nöte der arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte an Musikschulen zu interessieren. Mehr als 90 Prozent des Musikschulunterrichtes in den Bezirken wird von Honorarkräften erteilt. Diese wurden gezwungen, neue Verträge mit Wirkung zum 1.8.2013 zu unterschreiben, um so dem Vorwurf der Scheinselbstständigkeit durch die Rentenversicherung zu entgehen, andernfalls riskierten sie ihre Kündigung.

Die neuen Verträge bedeuten Einkommenseinbußen und ein unglaubliches Maß an Bürokratie, weil zukünftig alle Tätigkeiten einzeln abgerechnet werden müssen. Der Senat verweist auf Honorarerhöhungen. Dies ist unlauter, denn es handelt sich hier um überfällige Tarifierungen, die den MusikschullehrerInnen sowieso zugestanden hätten. Für den neuen Einkommensverlust durch die Vertragsumstellung wäre ein zusätzlicher Ausgleich erforderlich.

Die MusikschullehrerInnen brauchen kurzfristig einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte und eine klare Perspektive zu mehr Festanstellungen. Die neuen Verträge müssen in Absprache mit der Rentenversicherung nachgebessert werden.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_12137musikschulvertraege.pdf

Mündliche Anfrage vom 30.05.2013

Wie verhält sich der Senat zu den Forderungen der freiberuflichen MusikschullehrerInnen? (Drs. 17/031216)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/n17_03216.pdf

Kleine Anfrage vom 19.10.12

Neue Ausführungsvorschriften über Honorare der Musikschulen und die Folgen (Drs. 17/11102)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11102.pdf

Informationstechnik in der Schule

Kleine Anfrage vom 08.10.12

Wie ist der aktuelle Stand zu eGovernment@School? (Drs. 17/11056)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11056.pdf

Mündliche Anfrage vom 13.12.12

Sicherung der Medienfortbildung in 2013 (Drs. 17/02220)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/n17_02220sicherungmedienfortbildung2013.pdf

C) Queerpolitik

Initiative Sexuelle Vielfalt

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“, kurz „Initiative sexuelle Vielfalt“ ging auf unseren Ursprungsantrag für einen Aktionsplan gegen Homophobie zurück und wurde zum 2.4.2009 beschlossen. Die SPD/CDU-Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, diese fortzuführen und weiterzuentwickeln. Im Moment merken wir davon herzlich wenig und müssen im Gegenteil geplante Kürzungen im Bereich der Fortbildung im Bildungsbereich abwehren. Unser programmatischer Antrag zur Weiterentwicklung der ISV (Drs. 17/0294) ist in den Ausschüssen noch nicht beraten worden, da wir immer noch auf die versprochenen Anträge der Koalition warten.

Kleine Anfrage vom 18.10.12 zusammen mit Anja Kofbinger

Projekte der Initiative Sexuelle Vielfalt (Drs. 17/11097)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11097.pdf

Änderungsantrag vom 15.01.13

Grüner Änderungsantrag zum eigenen Antrag Initiative sexuelle Vielfalt (Drs. 17/0294)

Nach einer Beteiligungsphase haben wir Anregungen, die online, auf einer Diskussionsveranstaltung und in Gesprächen an uns herangetragen worden sind, in einem Änderungsantrag zum eigenen Antrag zur Weiterführung der Initiative sexuelle Vielfalt (ISV) zusammengefasst.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/aenderungsantrag_gruene_zu_drs_17_0294.pdf

Aufruf zur Kundgebung am 30.10.13

Initiative sexuelle Vielfalt – ungekürzt! Fortbildung weiterfinanzieren!

Bereits im laufenden Doppelhaushalt 2012/13 wurden die Mittel für die ISV fast halbiert. 2013 Menschen haben den gemeinsamen Aufruf der Träger der lesbisch-schwul-trans-interqueeren Community unterstützt, in dem der Regierende Bürgermeister, der Senat und alle Fraktionen aufgefordert wurden, sich zur Initiative sexuelle Vielfalt zu bekennen und sie finanziell abzusichern.

Die Beschlussvorlage des Senats für den Doppelhaushalt 2014/15 sieht dagegen eine weitere drastische Kürzung im Bereich der Fortbildung zur sexuellen Vielfalt im Schulbereich um 150.000 Euro auf dann nur noch 100.000 Euro vor. Alle Anträge der Opposition mit dem Ziel, diese Kürzungen zurückzunehmen, wurden von der rot-schwarzen Koalition abgelehnt.

Die Fortbildung im Bereich Schule wird von mehreren Trägern erfolgreich durchgeführt. Die Mittel wurden in den vergangenen Jahren vollständig verausgabt. Denn sie werden dringend gebraucht. Noch immer ist der Umgang mit dem Thema sexuelle Identität in Schulen tabu.

Die Kundgebung hatte zum Ziel, dass das Abgeordnetenhaus die geplante Kürzung des Senats zurücknehmen sollte.

Homophobie in Russland

Mündliche Anfrage 16.05.2013

**Wie verhält sich der Senat zum drohenden Antihomosexuellengesetz in Russland?
(Drs. 17/03116)**

http://www2.thomasbirk.de/uploads/n17_03116.pdf

Antrag vom 22.05.13

Antrag auf Annahme einer Entschließung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion

Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender in Moskau und ganz Russland schützen (Drs. 17/0998)

Mit diesem gemeinsamen Oppositionsantrag wollten wir die politischen Entscheidungsträger_innen in der Partnerstadt Moskau dazu bewegen, sich gegen das Gesetz gegen "Propagierung" von Homosexualität "Artikel 6.13.1" einzusetzen.

Dazu organisierte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und Quarteera am 28.5. um 18.45 Uhr, eine Veranstaltung "Freundschaftsküsse - von Berlin nach Moskau" im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Dennoch wurde der Antrag abgelehnt.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0998menschenrechtevonlgbtinmoskauundrusland.pdf

Sonstiges

Kleine Anfrage vom 21.01.2013

**Diskriminierung Eingetragener Lebenspartnerschaften im gerichtlichen Schriftverkehr
(Drs. 17/11459)**

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11459diskriminierungrechtlicherschriftverkehr.pdf

Mündliche Anfrage 21.03.2013

Wird Berlin der Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule im Bundesrat zustimmen?

Bei der Beantwortung meiner mündlichen Anfrage zur Enthaltung des Senats zur Eheöffnung im Bundesrat hat Staatssekretärin Loth (SPD) eine typische Sonntagsrede gehalten.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/muendliche_anfrage_eheoeffnungimbundesrat.pdf

Dringlicher Antrag vom 20.03.13

Dringlicher Antrag Drs. 17/0897 mit Antrag auf Sofortabstimmung im Plenum einen Tag vor der entscheidenden Bundesratssitzung.

Im rot-schwarzen Koalitionsvertrag hieß es noch: "Wir werden konsequent die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi- und Intersexuellen und transsexuellen Menschen vorantreiben". Doch nun will sich Berlin im Bundesrat zur Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule enthalten. Wie schon zuvor beim Mindestlohn und beim Mietrecht. So verrät die SPD Stück für Stück ihre Ziele und die CDU verliert die Akzeptanz in den Großstädten.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0897eheoeffnung.pdf

D) Sexuelle Gesundheit

Kleine Anfrage vom 11.02.2013

Wie weiter mit den Schnelltestangeboten im Rahmen der sexuellen Gesundheit? (Drs. 17/11543)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11543schnelltests.pdf

Kleine Anfrage vom 29.10.12

Wer zahlt die HIV-PEP (Postexpositionsprophylaxe nach HIV-Risikokontakt) und wie wird sie genutzt? (Drs. 17/11161)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11161pep.pdf

Kleine Anfrage vom 29.10.12

Arbeitsgruppenergebnisse und politische Steuerung zum Thema sexuelle Gesundheit (Drs. 17/11146)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11146.pdf

E) Wahlkreis Schöneberger Norden

Asbest in unseren Wohnungen

In zahlreichen Berliner Wohnungen wurde Asbest verbaut; laut Senat betrifft das aktuell noch 48.000 landeseigene Wohnungen. Der Senat blockiert konsequent Bestrebungen, hier zu mehr Transparenz zu kommen. Er ignoriert damit die Gesundheitsgefahr für BewohnerInnen und ArbeitnehmerInnen, die insbesondere von beschädigten asbesthaltigen Bodenplatten ausgeht. Auch im Schöneberger Norden sind Mieterinnen und Mieter von Asbest belasteten Wohnungen der Gewobag betroffen. Seit Anfang 2012 ist eine Mieterinitiative im Nollendorfkiez aktiv, nachdem einzelne Briefe an die Gewobag und mehrere Anzeigen wegen unsachgemäßer Entfernung von Flexplatten durch von der Gewobag beauftragte Firmen nicht fruchteten.

Ich habe nach Kräften versucht die AnwohnerInnen zu unterstützen, habe die Treffen besucht und zusammen mit Andreas Otto (Sprecher für Bauen und Wohnen) und Silke Gebel (umweltpolitische Sprecherin der Fraktion) das Thema ins Abgeordnetenhaus getragen.

So wurde ein schon im Mai 2012 eingebrachter Antrag der Grünen Fraktion mit dem Titel „Asbestgefahr in Wohngebäuden aktuell bewerten und transparent machen“ (Drucksache 17/0293) am 27.02.13 im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr behandelt. Dort mussten die Vertreter der großen Wohnungsbaugesellschaften endlich Stellung nehmen. Anwesend waren Herr Jellema von der Gewobag, als Vertreter der BBU Herr Rehberg, Frau Sprungala von der BFW, Senator Müller, Staatssekretär Gothe, Frau Teich Herr Conrad von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen sowie Frau Wüst und Herr Henzel vom Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit.

Unsere eingebrachten Forderungen waren und sind:

1. ein Register über alle belasteten Wohnungen in Berlin und eine Einschätzung des Gefahrenpotenzials,
2. eine umfassende Information der Mieterinnen und Mieter, ob in ihren Wohnungen asbesthaltige Stoffe sind oder waren und eine entsprechende Kennzeichnung der Wohnungen.
3. einen Sanierungsplan zur Beseitigung der Gefahr und zwar unter strengen Vorgaben.

Aufgrund der Berichterstattung in den Medien haben sich auch in anderen Berliner Stadtgebieten Betroffene von Asbest zusammengetan. Bei zwei AnwohnerInnen-Versammlungen in Kreuzberg war ich daraufhin ebenfalls anwesend und habe über den Sachstand berichtet.

Am 11.09.2013 hat die Fraktion darüber hinaus zu einem Fachgespräch zum Thema Asbest in Wohngebäuden eingeladen. Dort haben wir das Gefährdungspotential von verbautem Asbest weiter thematisiert, Gesundheits- und Arbeitsschutz-Maßnahmen diskutiert sowie insbesondere Möglichkeiten erörtert, wie dieses Problem von Landesseite aus systematisch bearbeitet werden könnte und sollte. Wir fordern eine Bestandsaufnahme der betroffenen Häuser, ein Schadstoffkataster und vor allem einen langfristigen Sanierungsfahrplan für den betroffenen Gebäudebestand.

Maaßenstraße

Die Versprechungen aus dem Wahlkampf, die Situation in der Maaßenstraße zu verbessern, tragen langsam Früchte. Auch wenn es etwas länger dauert als geplant. Die Umgestaltung zur Begegnungszone wird - als eine von drei geplanten in Berlin - kommen. Dabei ist die Umsetzung in die Zeitschiene der Projektplaner eingebunden. Die Maaßenstraße wird aber tatsächlich als erstes Projekt umgesetzt werden. Auf zwei sehr gut besuchten BürgerInnen-Versammlungen im November 2012 und Juni 2013 wurden außerdem in sehr konstruktiver Weise die Wünsche und Bedenken der AnwohnerInnen zusammengetragen. Sie werden in den weiteren Planungsverlauf miteinbezogen.

Eine erfreuliche Neuerung gibt es schon jetzt: die Fahrradständer zur Schließung der Zufahrt in die Fußgängerzone Nollendorfstraße sind endlich errichtet. Somit sind die früher dort stattfindenden illegalen Autorennen endlich unterbunden.

Außerdem wurde durch die Verhängung der Einschränkungen bei der Vergabe von freierwerbendem Gewerbe an Gastronomen durch Stadträtin Sibyll Klotz verhindert, dass zwei freigewordenen Läden zu neuen Kneipen wurden.

Ich bleibe in Absprache mit unserer Stadträtin und der BVV-Fraktion an den Themen Schankvorgärten, Einhausungen, Lärm und Hygiene dran.

Nollendorfplatz

Bepflanzung der Mittelinsel

Die Verschönerung des Nollendorfplatzes liegt mir persönlich sehr am Herzen. Nach den erfolgreichen, schon im letzten Jahr begonnen Pflanzaktionen meines Mannes Rudolf Hampel und der Seniorengruppe des Vereins Mann-O-Meter, sind auch in diesem Jahr wieder weitere mit bunten Blumen bepflanzte Beete angelegt worden. Mit Freude bin ich bei den Aktionen mit dabei.

Löcher in der Decke des U-Bahnhof Nollendorfplatzes werden gestopft

Am Rande der Hissung der Regenbogenfahne am 30. Mai am U-Bahnhof Nollendorfplatz habe ich BVG-Chefin Frau Nikutta beiseite genommen und ihr die Löcher in der Decke entlang der Säulen der Kuppel in den Aufgängen zur U 2 gezeigt. Sie hat mir einen Brief geschrieben und kündigte an, dass die Sanierungsarbeiten zur Abdichtung gegen das Regenwasser in Auftrag gegeben seien. Leider ist davon noch nichts zu sehen. Ich werde nachfassen.

Theater Hans-Wurst-Nachfahren

Die drohende Schließung des Theaters Hans-Wurst-Nachfahren ist vorerst abgewendet. Es hat sowohl Gespräche zwischen Bezirk und dem Theater sowie dem Senat und dem Theater zur Frage der zukünftigen Miete bzw. eines möglichen Verkauf des Gebäudes gegeben. Aber da die

Eigentümer im Moment nicht verkaufen wollen, stellt sich die Frage im Augenblick nicht. Die Erhöhung der Miete nach Auslaufen des 20-jährigen Mietvertrages ist im Landeshaushalt abgesichert. Zusammen mit meiner CDU-Kollegin Thamm habe ich frühzeitig die verschiedenen Ebenen auf die Probleme, die jetzt vorerst gelöst sind, aufmerksam gemacht.

Milieuschutz in Schöneberg Nord

Zum Mieterschutz auf Landesebene haben wir am 21. Januar 2013 ein Gesetz zum Verbot von Ferienwohnungen (Zweckentfremdungsverbot - Drucksache 17/0781) eingebracht. Unser Gesetzentwurf geht dabei viel weiter, als der der Koalition, da er sich auf ganz Berlin bezieht und mit sofortiger Wirkung in Kraft treten würde.

Auf Bezirksebene versuchen wir aber die rechtlich möglichen Instrumente anzuwenden. So wurde auf Vorlage unserer Bezirksstadträtin Sibyll Klotz am 20.08.13 im Bezirksamt beschlossen, ein Verfahren für eine soziale Erhaltungsverordnung (Milieuschutz) für die besonders von Verdrängung gefährdeten Kieze Bayerischer Platz/Barbarossaplatz und Großgörschenstr./Kaiser-Wilhelm-Platz einzuleiten.

Mit dem Bezirksamtsbeschluss ist ein erster Schutz vor Luxusmodernisierungen geschaffen, der Abriss von Wohnhäusern wird verhindert, kleine Wohnungen werden geschützt. Jede Sanierungsmaßnahme muss dem Bezirksamt zur Genehmigung vorgelegt werden. Eine gute Nachricht für alle BewohnerInnen des Schöneberger Nordens, am Bayerischen Platz und am Kaiser-Wilhelm-Platz! Die rot-grüne Zählgemeinschaft in Tempelhof-Schöneberg wirkt!

Urania

Unter dem Titel „Wie geht es weiter rund um die Urania?“ fanden auf Einladung des Bezirksamtes am 08. und 20. August Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu den Umgestaltungsplänen des östlichen Eingangsbereich der City West statt. Als erstes wird es um die Neugestaltung der westlichen Kleiststraße zwischen Urania und Wittenbergplatz gehen, da dort demnächst Tunneldecken-Sanierungsarbeiten der BVG anstehen. Ich werde den Prozess aktiv begleiten und mich ebenfalls dafür einsetzen, dass der breite Grünstreifen auf der Straße „An der Urania“ erhalten und die Aufenthaltsqualität verbessert wird.

Wahlkreisteamtreffen

Im November 2012 und Januar 2013 haben zwei Wahlkreisteamtreffen für die Grünen Mitglieder und Grün affinen AnwohnerInnen von Schöneberg Nord stattgefunden. Treffpunkt war dabei jeweils das inzwischen umbenannte Café „Stolz und Vorurteil“ in der Motzstraße. Der thematische Schwerpunkt lag vor allem auf dem Informations- und Meinungsaustausch zur Umgestaltung der Maaßenstraße und weiteren Brennpunkten im Bezirk, wie die Verkehrssituation auf der Kleiststr./Bülowstr und An der Urania.

Im Wahlkampf sind viele neue Mitglieder im Schöneberger Norden zu den Grünen gestoßen. Gerne möchte ich daher die Wahlkreisteamtreffen weiterführen und dort auch weiter thematisch arbeiten.

Kleine Anfragen - Schöneberg Nord

Auf Anfrage und Bitte von BürgerInnen, habe ich gerne zwei Kleine Anfragen im Parlament eingebracht:

Kleine Anfrage vom 22.03.2013

Was hat die GEWOBAG mit der Bülowstraße 90 vor?

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11823buelow90.pdf

Kleine Anfrage vom 26.03.2013 zusammen mit Özcan Mutlu

Unbesetzte Funktionsstellen an Schulen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Die Zahl der unbesetzten Funktionstellen hat in den letzten beiden Jahren dramatisch zugenommen. Auch die Neumark-Grundschule stand ohne Leitung da. Dank dieser kleinen Anfrage wurde erfreulicher Weise kurz darauf endlich die Stelle wieder besetzt.

http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11839kafunktionsstellentempschbg.pdf